



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

06.5072.02

ED/P065072

Basel, 29. März 2006

Regierungsratsbeschluss
vom 28. März 2006

Interpellation Nr. 19 betreffend Angriffe des Vorsitzenden der EDK auf das Basler Schulwesen

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 15. März 2006)

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

In einem am 4. März 2006 in der Basler Zeitung publizierten Interview hat Hans Ulrich Stöckling, der scheidende Präsident der Schweizerischen Konferenz der Erziehungsdirektoren (EDK), schwere Vorwürfe gegen Lehrpersonen und Schulen von Basel-Stadt erhoben. Eine Woche später - nach der Fasnacht - hatte der Departementsvorsteher Gelegenheit, diese Vorwürfe in einem ausführlichen Interview der gleichen Zeitung zurückzuweisen. Im Untertitel hiess es: „Christoph Eymann nimmt „seine“ Lehrer in Schutz und bereitet sie auf Veränderungen vor.“

Stöckling wirft den Basler Schulen vor, dass sie bei interkantonalen Vergleichen schlecht abschnitten und empfiehlt den Lehrpersonen „ihre Hausaufgaben zu machen“. Für das Qualitätsurteil fehlt die Faktengrundlage; vorderhand gibt es überhaupt keine Schulleistungsvergleiche zwischen den Volksschulen Basel-Stadt und jenen anderer Kantone. Ganz sicher sind aber die Lehrpersonen von Basel-Stadt mit besonders anspruchsvollen Voraussetzungen konfrontiert. Gemäss Bundesamt für Statistik liegt der Anteil sehr heterogener Klassen, von Klassen mit mehr als einem Drittel Fremdsprachigen, in Basel-Stadt fast doppelt so hoch wie im Schweizer Durchschnitt (BS 2003 67 %, Schweizer Schnitt 38 %). Zu Recht geniessen die Lehrpersonen von Basel-Stadt einen ausgezeichneten Ruf für Ihre Kompetenz im Umgang mit einer spezifisch städtischen Schüler- und SchülerInnenklientel.

Stöckling mahnt, das Leistungsprinzip hochzuhalten, und fordert Qualitätskontrollen. Es sei dazu festgehalten, dass die Aufteilung der Basler Weiterbildungsschule in zwei Züge, die Durchführung flächendeckender Orientierungsarbeiten an Orientierungs- und Weiterbildungsschule und die Einführung eines Qualitätsmanagements an allen Basler Schulen genau diesen Zwecken dienen.

Es ist unbestritten, dass das baselstädtische Schulsystem nicht dem Deutschschweizer Mehrheitsmodell entspricht, sich eher an Modelle in der Romandie anlehnt und nicht auf ungeteilte Zustimmung stösst. Stöcklings Behauptung, dass auch in Basel-Stadt überhaupt

niemand es positiv beurteile, muss entgegen gehalten werden, dass 2004 eine Mehrheit von 61,7% an der Urne die SVP-Initiative „Für eine bessere Schule“ verworfen und die Abschaffung der heutigen Struktur abgelehnt hat. Der Kanton Basel-Stadt stellt sich keineswegs gegen eine Harmonisierung der obligatorischen Schule, wie von Stöckling behauptet. Ganz im Gegenteil, sowohl der Regierungsrat als auch das Erziehungsdepartement haben sich immer wieder uneingeschränkt für diese ausgesprochen. Das betrifft den Weg über die Bildungsverfassung als auch den Weg über ein Schulkonkordat. Allerdings hat das Erziehungsdepartement die Harmonisierung der Bildungsziele über die Harmonisierung der Strukturen gestellt und bedauert, dass die Koordination der Volksschulabschlüsse und der Sekundarstufe I bisher nicht in den Entwurf für das Konkordat aufgenommen wurden. Demgegenüber sei die Primarschuldauer von eher sekundärer Bedeutung. In den letzten fünf Jahren haben die beiden Basel jede Gelegenheit genutzt, die Schulkoordination in den Partnerkantonen voranzutreiben. Ebenso klar hat Basel-Stadt die Übernahme des Baselbieter Systems abgelehnt, weil der Stadtkanton sonst bloss auf ein anderes Minderheitsmodell wechseln würde.

Der Regierungsrat hat das Erziehungsdepartement 2002 anlässlich der Strukturänderung an der Weiterbildungsschule beauftragt, die Bildungswege an den Volksschulen zu überprüfen im Hinblick auf die Qualität der Schulbildung und Hinblick auf die Harmonisierung der obligatorischen Schulen in der Schweiz. Am 3. April präsentiert das Erziehungsdepartement einen „Entwicklungsplan für die Volksschule Basel-Stadt“, der als Entscheidungsgrundlage für die künftige Gestaltung der Volksschule dienen soll. In ihm werden sowohl der Qualitätsaspekt als auch der Harmonisierungsaspekt aufgenommen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Barbara Schneider
Präsidentin

Dr. Robert Heuss
Staatsschreiber